

Ziehungen auf den Gebieten der Kultur und des Gesundheitswesens kurzfristig mit den Verhandlungen über den Abschluß des Kulturarbeitsplanes 1973/74 und des Protokolls zum Gesundheitsabkommen für die Jahre 1973/74 zu beginnen.

Die Delegationen berieten über Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern sowie über Möglichkeiten einer Beteiligung der DDR an verschiedenen Projekten des künftigen Fünfjahrplanes der Republik Guinea.

Beide Seiten stellten mit Befriedigung fest, daß sich die Beziehungen zwischen der DDR und der Republik Guinea auf der Grundlage ihres festen antiimperialistischen Bündnisses und ihrer brüderlichen Verbundenheit zum gegenseitigen Vorteil auf allen Gebieten entwickelt haben und weiter vertieft werden.

Die Delegation der Republik Guinea erläuterte in den Gesprächen den siegreichen Kampf des von der Demokratischen Partei Guineas geführten Volkes für die Festigung und Stärkung der Republik Guinea und legte die Erfolge von Volk und Regierung Guineas im Kampf um sozialen Fortschritt dar.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik brachte in diesem Zusammenhang ihre hohe Wertschätzung für diesen Kampf sowie für die antiimperialistische Politik der Republik Guinea zum Ausdruck.

Ein wesentlicher Bestandteil der Politik beider Staaten ist der entschlossene Kampf für die Beseitigung aller Überreste des imperialistischen Kolonialsystems. Beide Seiten verurteilten scharf die Aggressionshandlungen des portugiesischen Kolonialregimes gegen die Republik Guinea und andere westafrikanische Staaten, die in der portugiesischen Aggression 1970 gegen die Republik Guinea einen ihrer Höhepunkte erreicht hatten. Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea verurteilten die Bedrohung der Souveränität und territorialen Integrität der unabhängigen afrikanischen Staaten durch die vom Imperialismus unterstützten rassistisch-kolonialen Regimes. Sie bekundeten ihre unverbrüchliche Solidarität mit den kämpfenden Befreiungsbewegungen in Guinea-Bissau, Angola und Moçambique und sprachen sich für die volle Verwirklichung der UNO-Beschlüsse gegen die rassistische Unterdrückung der Mehrheit in Südafrika, Namibia und Simbabwe aus.

Sie wiesen ausdrücklich darauf hin, daß sich die rassistisch-kolonialen Regimes nur durch die verwerfliche Unterstützung des Imperialismus und der NATO behaupten können. Die koloniale und rassistische Unterdrückung richtet sich sowohl gegen die um Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden